

Soziale Bewegungen, politische Macht und Transformation in Venezuela

Von Dario Azzellini

Die Wahl verschiedenster linker und progressiver Regierungen hat das Panorama für soziale Bewegungen in Lateinamerikagrundlegend verändert. In den 1990er Jahren vereinte der Kampf gegen Privatisierungen und Strukturanpassungsprogramme und später gegen Freihandelsabkommen und schließlich gegen das ALCA eine Vielzahl lokaler und regionaler Bewegungen zu einflussreichen Akteuren. Diese einenden Punkte sind heute schwer zu finden. In dem neuen gesellschaftlichen Rahmen müssen sich die sozialen Bewegungen und Organisationen bezüglich ihrer Strategien, Vorgehensweisen, Theorien und Analysen völlig neu ausrichten. Das stellt viele von ihnen vor große Schwierigkeiten und die sozialen Bewegungen sind dabei nicht immer in der Lage gewesen, die tatsächliche Tragweite der Veränderungen zu erfassen und eine angemessene Strategie für die komplexen und widersprüchlichen neuen Kontexte zu entwickeln (Zibechi 2006: 222).

„In den Ländern mit Regierungen volksnaher Prägung besteht die erste Herausforderung, die alle Bewegungen angeht, die Beziehungen mit eben diesen Regierungen, die aus den Bewegungen selbst oder aus der von ihnen erzeugten Konjunktur hervorgegangen sind. Meiner Ansicht nach müssen Konzepte wie „Kooptation“, „Verrat“ und auch die sogenannte „Kontinuität“ bezüglich des neoliberalen Modells differenzierter angegangen werden, da sie unangebracht erscheinen, um das zu erfassen, was in Ländern des Südens wie Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay geschieht. Die neuen Szenarien sollten als Resultat eines Aufbauprozesses verstanden werden, an dem sowohl die Bewegungen mittels ihres Widerstandes und ihrer Mobilisierungen beteiligt gewesen sind, wie auch die politischen Kräfte und Gruppen, die heute in den Regierungen sitzen. Dieser Aufbau „von zwei Seiten“ bedeutet nicht die Verantwortlichkeiten zu unterschlagen, die den progressiven Regierenden zufällt (...). Aber es erscheint notwendig, Vereinfachungen zu vermeiden, da viele Führungspersonen und Bewegungen weit davon entfernt sind kooptiert oder „gekauft“ worden zu sein. Ihre Unterstützung für die Regierungen ist soliden und tiefen Überzeugungen geschuldet, die untermauert werden von einer Reihe sich tatsächlich

vollziehender Veränderungen und der ebenso realen Schwierigkeiten, so ohne weiteres mit dem herrschenden Modell zu brechen.“ (Zibechi 2006: 226-227)

Was Zibechi hier zum Ausdruck bringt, gilt in besonderem Masse für Venezuela. Der bolivarianische Prozess als Projekt gesellschaftlicher Transformation ist gekennzeichnet von einer Reihe grundsätzlicher Unterschiede im Vergleich zu allen anderen (nicht nur lateinamerikanischen) historischen gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Er scheint allen linken Theorien und Ansätzen zu widersprechen. Er wurde nicht von einer Organisation oder Partei oder einem Bündnis eben solcher angeführt, es existierte zuvor weder eine starke linke Partei, noch eine mächtige Arbeiterorganisation und nicht einmal eine entsprechende Zeitung. Der bolivarianische Prozess besteht viel mehr aus einem großen Reservoir politisch, sozial und strukturell unterschiedlicher Gruppen und Organisationen mit verschiedener Geschichte, die unter dem Banner des „Bolivarianismus“ zusammenfließen.

Dabei sind die Bewegungen und Basisorganisationen der Träger des Transformationsprozesses, stehen jedoch in einem komplexen Verhältnis von Unterstützung, Konflikt und Zusammenarbeit mit dem Staat und seinen Institutionen und sind dadurch beständig von einem Autonomieverlust bedroht. Die staatlichen Institutionen sind weiterhin bürgerlich und nicht für den angestrebten Transformationsprozess geeignet. Sie sind zudem durchsetzt von Funktionären, die von den alten Regierungsparteien eingesetzt wurden und diesen nahe stehen. Aber auch unter vielen Politikern aus den traditionellen linken Parteien oder solchen, die im Zuge des Prozesses auf den Chávez-Zug aufgesprungen sind, und aufgrund ihres sozialen Kapitals und ihrer Erfahrung die meisten neuen institutionellen Posten besetzt haben, sind paternalistische und assistenzialistische Praxen und personalisierte Politikmuster weit verbreitet. Zum besseren Verständnis der venezolanischen Situation werde ich zunächst einen Blick in die jüngere Geschichte des Landes werfen, anschließend die Zusammensetzung des Bolivarianismus darlegen und schließlich auf das komplexe Wechselverhältnis zwischen Sozialen Bewegungen, Staat und Präsident Chávez eingehen.

Die repressive Demokratie

In der Zeit vor dem ‚Caracazo‘, dem Aufstand gegen die neoliberale Strukturpolitik 1989, wurde Venezuela als eine der Vorzeigedemokratien Lateinamerikas gehandelt. In Wirklichkeit handelte es sich um ein „populistisches System der Elitenversöhnung“ (Rey 1991: 532), in dem sich zwei Parteien – die formal sozialdemokratische Acción Democrática (AD) und die christlich-soziale Copei (Comité de organización política electoral independiente) – die Macht aufteilten. Sie okkupierten den gesamten institutionellen Raum der Interaktion mit dem Staat und das gesellschaftliche Leben bis zur Machtübernahme von Hugo Chávez 1999 (García-Guadilla 2003: 231; Medina 2001: 63).

Kurz vor dem Sturz der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez im Januar 1958 unterzeichneten die drei bürgerlichen Parteien AD, Copei und die liberale Unión Republicana Democrática, URD (die Anfang der 60er Jahre den Pakt aufkündigte und bald in der Bedeutungslosigkeit versank), den ‚Pakt von Punto Fijo‘ als Übereinkunft zur Herstellung der Gouvernabilität im Rahmen einer repräsentativen Demokratie. Die Linke, die eine bedeutende Rolle im Kampf gegen die Diktatur gespielt hatte, wurde marginalisiert. In den folgenden Jahren wurde daraus ein System informeller und institutionalisierter Absprachen, in die neben AD und Copei auch die vier weiteren zentralen gesellschaftlichen Akteure Unternehmer, Militärführung, der von AD kontrollierte Gewerkschaftsdachverband und die Kirche integriert wurden. Damit waren die massgebenden Kräfte eingebunden, die ein formaldemokratisches System im Dienste der US-Interessen, der transnationalen Konzerne (vor allem Erdöl) und der venezolanischen Bourgeoisie garantierten (Bonilla-Molina & El Troudi 2004: 34ff).

Allen sich unterordnenden Kräften wurde Zugang zu Ressourcen und Anerkennung zugestanden, alle anderen wurden davon ausgeschlossen. Für die Kanalisierung von Forderungen jedweder Art war das dichte Netz an korporativen und klientelistischen Strukturen zuständig. Dem Protest der Straße wurde bis 1998 mit brutaler Repression begegnet, die immer wieder zahlreiche Tote forderte (López Maya 2003: 217).

Der Niedergang des Punto-Fijo-Systems begann Anfang der 1980er Jahre. AD und Copei versuchten als Reaktion darauf ihre Basis auszuweiten, indem sie Teile der europäischstämmigen und der neu aufgestiegenen Mittelschicht in die klientelistischen Beziehungen integrierten, was als ‚Öffnung zur Zivilgesellschaft‘ bezeichnet wurde. Doch damit wurde auch die

Marginalisierung der Bevölkerungsmehrheit festgeschrieben, und dadurch wuchs der Legitimitätsverlust des Staates. Die armen Schichten (etwa 80 Prozent der Bevölkerung) begannen, direkten Protagonismus und ‚konstituierende Macht‘ einzufordern, also die Macht, selbst die schöpfende und gestaltende Kraft zu sein (Denis 2001: 64ff).

Das klientelistische Verteilungsmodell war gekoppelt mit dem ökonomischen Modell eines Staates, der fast ausschließlich von der Erdölrente lebt und kaum etwas produziert. Viele Klassen- und Verteilungskonflikte fanden auf der Ebene des Zugangs zur staatlich verteilten Erdölrente statt. Der Fall der Ölpreise ab Anfang der 1980er Jahre führte zu einer breiten Verarmung und Verelendung. Unter anderem bedingt durch das tiefsitzende Misstrauen gegenüber übergeordneten Organisationsformen entstanden eine Vielzahl sozialer Mikrobewegungen, die meist völlig zersplittert waren. So war (und ist) auf Stadtteilebene ein wahrer Mikrokosmos an Organisationsformen zu finden, von Basiskomitees bis zu bewaffneten Gruppen, die jedoch selten über den Stadtteil hinaus koordiniert waren. Vor allem ab Anfang der 1990er Jahre gab es kaum mehr institutionelle Kanäle, um Beschwerden und Forderungen vorzubringen. Dies führte dazu, dass auch Mikroforderungen auf lokaler Ebene meist nur durch gewaltsame Proteste Nachdruck verliehen werden konnte.

Vom Caracazo zur ersten Wahl von Chávez'

Inflation, Versorgungsengpässe und eine hohe Teuerungsrate hatten seit Ende 1988 zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit geführt. Am 16. Februar 1989 kündigte Staatspräsident Carlos Andrés Pérez an, Subventionen und Preiskontrollen für zahlreiche öffentliche Dienstleistungen und Waren aufzuheben. Aufgrund der darauf folgenden drastischen Preiserhöhung beim Personentransport kam es am 27. Februar zu spontanen Aufständen in Caracas. Hunderttausende Menschen zogen aus den Armenvierteln plündernd in die Innenstadt. Einen Tag später weitete sich die Revolte auf viele weitere Städte des Landes aus. In den folgenden Tagen schlugen Armee und Nationalgarde den Aufstand nieder. Dabei wurden offiziell 380 Menschen getötet, Menschenrechtsorganisationen und nicht-staatliche Quellen sprechen allerdings von 3.000 bis 10.000 Toten. (Bonilla-Molina & El Troudi 2006: 103; Denis 2001: 16)

Der Caracazo war eine ‚Hungerrevolte‘ gegen die vom Neoliberalismus durchgesetzten Lebensbedingungen. Deshalb spiegelten sich in ihm in den Plünderungen auch die neosozialdarwinistischen Prinzipien wider, die vom neoliberalen Paradigma auf soziokultureller Ebene propagiert werden. Die Ausschreitungen schienen zunächst ziellos (López Maya 2003: 213). Doch in ihrem Verlauf wurde die Revolte zunehmend organisierter und entwickelte kollektive und solidarische Vorgehensweisen. Es entstand ein Bewusstsein in der Bevölkerung über die eigene transformatorische Kraft. Daher gilt der Caracazo als konstituierend für die Bewegungen, die später in den Bolivarianischen Prozess münden.

In großer Übereinstimmung nehmen die Bevölkerung Venezuelas und zahlreiche AutorInnen das Jahr 1989 als eine Bruchstelle in der Geschichte Venezuelas wahr (Ellner 2003: 19). Mit Bezug auf Foucaults Konzept der ‚effektiven Geschichte‘ erklärt Reinaldo Iturriza (2007: 5):

„Wenn der 27F (27. Februar) in irgendeinem Verwandtschaftsverhältnis mit dem Juni 1848, der Pariser Kommune, dem französischen Mai oder dem argentinischen Cordobazo steht, dann ist es im Sinne von Ereignissen, die dadurch, dass sie die existierenden Kräfteverhältnisse drastisch verändert haben, den Lauf der geschichtlichen Ereignisse änderten.“

Die klandestinen, linken Organisationsprozesse innerhalb der Armee um Chávez und andere Personen erhielt durch den Caracazo einen großen Schub. Diese Gruppierungen hatten sich auf eine langfristige Perspektive eingestellt und sich mit Planungen befasst, die einen zivilmilitärischen Aufstand für das Jahr 2000 vorsahen. Diese Pläne wurden angesichts der sich verschärfenden Repression und Krise auf das Jahr 1992 vorgezogen. Der erste Putschversuch der zivilmilitärischen Organisation MBR-200 unter der Führung von Chávez am 4. Februar, wie auch ein zweiter mit noch stärkerer ziviler Beteiligung im November 1992 scheiterten jedoch. Trotzdem wurde Chávez mit seiner Rede im Fernsehen nach dem gescheiterten Putsch zum Hoffnungsträger und Symbol für den Wunsch nach Veränderung. Soziale Bewegungen und Proteste (auch gewaltsame) nahmen im Verlauf der 1990er Jahre weiter zu. Nach der Amnestierung 1994 widmeten sich Chávez und die anderen Angehörigen von MBR 200 dem Aufbau des MBR-200 als einer Massenorganisation. Zunächst lehnten sie die Beteiligung an Wahlen ab und formulierten ein Primat der Bewegungen. 1997 wurde schließlich beschlossen an den Wahlen teilzunehmen. Ein breites Bündnis aus linken Parteien und Basisorganisationen

unterstützte die Präsidentschaftskandidatur von Hugo Chávez, auf den im Dezember 1998 56,2 Prozent der Stimmen entfielen, bei einer Wahlbeteiligung von 63.46% (CNE 2006).

Der Bolivarianismus: die historische Strömung für den Wechsel

Der Bolivarianismus hat keinen klar definierten theoretischen Rahmen und kein klares Programm, sondern ist viel mehr ‚work in progress‘. Bonilla-Molina und El Troudi bezeichnen die Kräfte des Bolivarianischen Prozess‘ daher insgesamt als „Historische Strömung für den Wechsel“ (2004: 104). Zu ihr gehören verschiedenste linke und emanzipatorische Ansätze der vergangenen Jahrzehnte. Ab 2005 ist - in Abgrenzung zum Staatssozialismus sowjetischen Typs - vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts die Rede, der ‚demokratisch und partizipativ‘ sein müsse. Präsident Hugo Chávez bezieht sich in Reden auf Einflüsse, die von Jesus über Simón Bolívar, Antonio Gramsci, Leon Trotzki und Mao Zedong bis zum italienischen Philosophen Antonio Negri reichen. Was wie ein wirrer ideologischer Mix erscheint, ist die Vielfalt politischer, sozialer, kultureller und religiöser Ansätze, aus denen sich der Bolivarianismus speist. Simple Übertragungen revolutionärer Erfahrungen von den einen auf andere Länder werden kritisiert, ebenso wie der Autoritarismus der traditionellen Kommunistischen Parteien. Betont wird hingegen die Anbindung an die lokalen, regionalen, nationalen und kontinentalen Erfahrungen emanzipatorischer Kämpfe. Zentral sind der Bezug auf Simón Bolívar, Simón Rodríguez und Ezequiel Zamora sowie auf die Widerstandserfahrungen der indigenen und afrovenezolanischen Bevölkerung¹. Diese Personen und Widerstandsbewegungen wurden – verbunden mit einer revolutionären Interpretation ihrer Rolle - erstmals 1965 von der Guerilla Partido Revolucionario Venezolano – Fuerzas Armadas de Liberación Nacional (PRV-FALN) als Bezugsrahmen gewählt, einer Abspaltung von der venezolanischen KP. Nach und nach wurde das Konzept von vielen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen, sowie von den progressiven Strömungen innerhalb der Armee aufgenommen. Innerhalb der verschiedenen klandestinen Organisationen im

¹ Simón Rodríguez (1769-1854), Philosoph, Frühsozialist und Lehrer Simón Bolívars steht für die Bedeutung der Volksbildung und die Suche nach eigenen sozialen und politischen Organisationsformen. Simón Bolívar (1783-1830) steht für die Unabhängigkeit und Souveränität sowie für das Projekt der kontinentalen Befreiung und Integration. Ezequiel Zamora (1817-1860), Bauerngeneral aus dem Föderationskrieg, stellt die Wichtigkeit des Kampfes – über die Unabhängigkeit hinaus – für eine gerechte und demokratische Gesellschaft dar. Er führte diverse Bauernaufstände unter den Losungen „Freies Land und freie Menschen“ und „Horror der Oligarchie“ an (López Maya 1996: 146).

Militär setzte sich im Laufe der 80er Jahre das von Chávez und anderen 1982 gegründete Movimiento Bolivariano Revolucionario 200 (MBR-200) durch.

MBR-200 entwickelte ausführliche ideologische und programmatische Grundlagen sowie organisatorische, taktische und strategische Orientierungen (López Maya 1996: 145). MBR-200 war von Anfang an als zivil-militärische Organisation konzipiert, militärisches Sektierertum wurde stets abgelehnt und der demokratische Charakter der Bewegung unterstrichen. Die sozialen Bewegungen und verschiedenen Basisorganisationen wurden als unabhängige Kräfte angesehen, die gemeinsam mit MBR-200 eine große ‚Bolivarianische Front‘ bilden sollten (Bonilla-Molina & El Troudi 2004: 78). Entsprechend waren zivile Organisationen an den beiden Militärrebellionen im Februar und November 1992 beteiligt. MBR-200 lehnte die Stärkung und Konsolidierung der eigenen Organisation mittels Wahlen und institutioneller Mitarbeit ab. Die Ablehnung war aber nicht grundsätzlich, vielmehr wollte MBR-200 „im richtigen Moment die Welle reiten“, um die Regierungsmacht in einem Schwung zu übernehmen und mit diesem Schwung Änderungen auch durchzusetzen (López Maya 1996: 146-151).

Eine systematisierte Darstellung der Einflüsse auf den Bolivarianismus findet sich bei Denis (2007). Dieser teilt sie in drei grobe Kategorien ein. Einerseits die „historisch-sozialen Strömungen“, zu denen er die Strömungen des kritischen Marxismus zählt, konkret den „Guevarismus, Mariateguismus, die europäische Rätebewegung, Historizismus und Autonomiebewegung (Pannekoek-Gramsci-Negri, etc.)“ sowie die autonomen Basisbewegungen, die Befreiungstheologie, die nationalen Befreiungsbewegungen (mit ihren Ursprüngen bei Simón Bolívar und José Martí) und die kubanische und sandinistische Revolution, sowie der indigene und schwarze Widerstand. Als zweites wichtiges Element benennt Denis die kollektiven aufständischen Erfahrungen der jüngeren Geschichte wie die studentischen Kämpfe von 1987, der Caracazo und die beiden zivil-militärischen Rebellionen 1992.

Als dritte Kategorie führt Denis mit Bezug auf Walter Benjamin die „prophetischen“ Ereignisse an, also gesellschaftspolitische Geschehnisse, die mit der dominanten Geschichte brechen und eine zumindest eine Ahnung gesellschaftlicher Befreiung vorzeichnen. Darunter fasst er verschiedenste Erfahrungen und Ereignisse zusammen wie die Guerillabewegungen der 1960er und 1970er Jahre; den antiimperialistischen Kulturkongress in Cabimas 1973; die revolutionären

Basisgewerkschaften der 1980er Jahre und ihre Versuche Arbeiterräte zu bilden; der nationale Studierendenkongress in Merida 1985; das Wiederaufstehen von bäuerlichen Bewegungen und die Landbesetzungen in Yaracuy 1987; die direkte Demokratie der Stadtteilversammlung in Caracas 1991-1993; die Bewegung für eine libertäre Pädagogik in den 1990er Jahren und der konstituierende Bildungskongress 2000-2001; die Entwicklung der Volksmacht und der konstituierenden Kräfte der Basis ab 1995; Wahlkampagne und -sieg von Hugo Chávez 1998 und Ende des historischen Herrschaftsmodells; die Verfassungsgebende Versammlung 1999.

Die neue Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela

Mit der Amtsübernahme im Februar 1999 leitete Chávez die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in die Wege. Die Ausarbeitung der Verfassung spielte eine zentrale konstituierende Rolle für die weitere Entwicklung eines gesellschaftlichen Projekts der sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen. Durch den Vertrauensverlust der alten Parteien sahen soziale wie auch politische Akteure die sozialen Organisationen als „privilegiertes Subjekt und Raum“ (García-Guadilla 2003: 240), um eine neue Verfassung zu erarbeiten. NGO's und soziale Organisationen nahmen über Workshops, Kommissionen und runde Tische direkt an der Arbeit der gewählten verfassungsgebenden Versammlung teil, diskutierten und reichten Vorschläge ein. Die runden Tische waren von großer Heterogenität, an ihnen nahmen Menschenrechts-, Frauen- Umwelt-, Indigena-, Basis-, Stadtteilorganisationen und viele andere teil. Die Hälfte der 624 Vorschläge die sie machten, wurde in die neue Verfassung aufgenommen. (ebd.: 240).

Die Verfassung legt soziale Bürgerrechte (social citizenship) und die soziale Gleichheit als Ziele der Gesellschaftsordnung fest und definiert den Staat als Garant dieser Rechte. Über den Ausbau von Sozialmaßnahmen, kostenlose Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Kleinkreditwesen, Landumverteilung u.a. soll eine egalitärere soziale und ökonomische Partizipation der marginalisierten Schichten entwickelt werden. (RBV 1999)

Das Fundament der neuen Bolivarianischen Verfassung ist – in Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie – die partizipative und protagonistische Demokratie, d.h. der Staat wird als partizipativer Raum verstanden, in dem die Bevölkerung mittels diverser Instrumente das

öffentliche Leben mitgestaltet und seine Institutionen kontrolliert. Dank dieses neuen Verhältnisses zwischen Staat und sozialen Bewegungen und Organisationen konnten letztere in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte präsentieren und durchführen und an den öffentlichen Debatten über gesellschaftliche Veränderungen teilnehmen. Sie verwandelten sich so von sozialen in sozial-politische Akteure (García-Guadilla 2003: 233).

Im Dezember 1999 wurde die neue Verfassung in einem Referendum von 71,78 Prozent der Stimmenden angenommen. In den anschließenden Wahlen gemäß der neuen Verfassung wurde Chávez 2000 mit 59,76 Prozent erneut zum Präsidenten gewählt (CNE 2006). Mit Verabschiedung der ersten Gesetze zur Umsetzung der Verfassung 2001 begann die massive Mobilisierung der Opposition, um die Regierung zu stürzen und die Errungenschaften rückgängig zu machen. Sowohl beim Putsch vom 11. April 2002 wie auch im Falle des ‚Streiks‘ der Unternehmer, der verbunden war mit Arbeitsniederlegungen und Sabotageakten vornehmlich höherer Angestellter im staatlichen Erdölunternehmen im Dezember 2002/Januar 2003, konnte nur die massive Eigenmobilisierung der Bevölkerung in Verbindung mit loyalen Militärs das Zurückdrehen des Rads der Geschichte verhindern.

Ab Mitte 2003 begannen die Sozialprogramme mit dem Namen ‚misiones‘. Sie entstanden als eigenständige Institutionen und versuchen auch die Selbstorganisation der Bevölkerung und die Partizipation zu fördern. Die ersten misiones waren in den Bereichen größter Dringlichkeit angesiedelt: Gesundheit, Bildung, Ernährung und Wohnraum (Azzellini 2007b: 125-175). Da die misiones die primären Probleme der Bevölkerung aufgreifen, ergaben sich Verbindungen mit den bereits bestehenden sozialen Organisationen vor Ort von selbst. Diese waren und sind meist an der Durchführung bzw. Umsetzung der Programme beteiligt.

Die Präsidentschaftswahlen am 3. Dezember 2006 gewann Chávez mit 62,84 Prozent (bei 74,69 Prozent Wahlbeteiligung, CNE 2006). Mit Beginn der neuen Amtszeit wurden Partizipationsmöglichkeiten und Rätestrukturen gestärkt, ausgeweitet und neu eingeführt. Zentral und am weitesten fortgeschritten sind die Kommunalen Räte (Consejos Comunales, Azzellini 2007c). Viel unternommen wurde auch zur Demokratisierung der Produktion, ein Prozess, der keinesfalls harmonisch verläuft. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen umgesetzt wurden, um strukturelle Veränderungen in der Ökonomie

sowie die Demokratisierung der Besitz-, Arbeits- und Produktionsverhältnisse voranzutreiben. Einige davon zielten auch auf die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und die Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit ab, andere hingegen auf eine bloße Demokratisierung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse (Azzellini/Ressler 2006; Azzellini 2007a).

Die Rätestrukturen in verschiedenen Gesellschaftssektoren sollen die Grundlage des venezolanischen Sozialismus bilden, sie sollen zusammenarbeiten und auf höherer Ebene konföderieren, um so den bürgerlichen Staat durch einen ‚kommunalen Staat‘ abzulösen. Im Rahmen der Verfassungsreform, die in einem Referendum am 2. Dezember 2007 mit knapper Mehrheit (bei nur 55 Prozent Wahlbeteiligung) abgelehnt wurde, war vorgesehen, Rätestrukturen im Artikel 70 zu verankern und die Entscheidungen der „Bürger- und Bürgerinnenversammlungen“ in ihren Territorien als bindend festzulegen, so lange sie nicht der Verfassung und den geltenden Gesetze widersprechen. Dies hätte die verschiedenen „Räte der Volksmacht“ (Kommunale Räte, Arbeiter- und Arbeiterinnenräte, Studierendenräte, Bauern- und Bäuerinnenräte, Frauenräte u.v.m.) gestärkt, die demokratische Verwaltung durch Arbeiter und Arbeiterinnen jedweder Unternehmen direkten oder indirekten gesellschaftlichen Eigentums verankert und zahlreiche andere kommunale und kollektive Institutionen als Partizipationsinstrumente eingeschlossen. Die „Räte der Volksmacht“ sollten gemäß Artikel 136 die „Gemeinden, Bezirke und Städte in Selbstverwaltung übernehmen“ (AN 2007).

Soziale Bewegungen: Das schwierige Verhältnis zwischen konstituierender und konstituierter Macht

Soziale Bewegungen, Formen der Selbstorganisation und Mobilisierung sind in Venezuela komplexen Bedingungen unterworfen. Mit der Übernahme der Regierungsmacht haben zahlreiche AktivistInnen aus sozialen Bewegungen in die Institutionen gewechselt, was die Bewegungen teilweise geschwächt hat. Auch waren viele soziale Bewegungen in Venezuela schwächer entwickelt als in anderen lateinamerikanischen Staaten, so z. B. die Indígena- und die Frauenbewegung. Dennoch konnten diese beiden Bewegungen durch geschicktes Agieren viele ihrer Forderungen in die Verfassung von 2000 einbringen. Die Indígenabewegung wurde dadurch gestärkt und die Indígenas konnten mehr erreichen als in allen anderen lateinamerikanischen

Staaten, obwohl in Venezuela nur etwa 2,1% der Bevölkerung indigenen Gruppen angehören (Van Cott 2002: 43).

Die Frauenbewegung konnte ebenfalls einen Großteil ihrer Vorschläge in die Verfassung einbringen, sie wurde aber als solche geschwächt, als auf Initiative der Präsidentschaft und von Vertreterinnen der Comisión Nacional de la Mujer, die zuvor Teil der Coordinadora Nacional de Organizaciones de la Mujer war, das Movimiento Bolivariano de Mujeres (MBM) gegründet wurde. Einige der zentralen Aktivistinnen der Coordinadora schlossen sich ebenfalls der MBM an. Arbeitete die Coordinadora jedoch noch mit einem „feministischen und femininen“ Ansatz in Bereichen wie juristische Gleichheit, Familie, Kinder und Armut, konzentriert sich die MBM vielmehr auf die konkrete Problemlösung im Bezug auf Frauen, Kinder, Armut, Familie, Ausbildung etc., während der Genderaspekt in den Hintergrund rückt (García-Guadilla, 245). Der Bruch einer überparteilichen Zusammenarbeit strikt an spezifischen Fraueninteressen entlang war aber auch unvermeidlich. Ein Großteil der alten Frauenbewegung ist allerdings nun institutionell eingebunden, sei es über frauenspezifische Institutionen oder andere.

Im Gegenzug wird nun allerdings die Masse der Frauen aus den ärmsten Schichten erfasst. Das Nationale Fraueninstitut (Instituto Nacional de la Mujer), die Frauenbank (Banco de la Mujer) und die sich an alleinerziehende Mütter richtende misión Madres del Barrio sind die wesentlichen staatlichen Institutionen, mit denen Hunderttausende Frauen finanziell unterstützt, beruflich und politisch geschult und organisiert werden. Die angeschobenen Selbstorganisationsprozesse sind können als semi-institutionell charakterisiert werden. Die feministisch orientierte Arbeit der älteren Frauenbewegung war stärker auf Lobbyarbeit ausgerichtet. Ihre Initiativen umfassten selten mehr als einige Hundert Frauen, im wesentlichen aus der Mittelschicht. In letzter Zeit wird der Genderaspekt in der semi-institutionalisierten Frauenbewegung vermehrt beachtet.

Durch die enge Bindung zwischen Staat und Bewegungen sind viele Bewegungen erheblich gestärkt worden. Zugleich stellt sich die Frage nach dem Ausmaß der Autonomie verschiedener sozialer und politischer Akteure. Hinzu kommt, dass die Massen in Venezuela zuvor unorganisiert waren und sich nun organisieren müssen, soll der Prozess Aussichten auf Erfolg haben. Einerseits wird hierbei auch von Regierungsseite eine organische Selbstorganisation von unten bevorzugt, andererseits besteht eine starke Fixierung der Massen auf die Person von Hugo

Chávez. Auch drängt sich angesichts der ständigen Angriffe auf den Prozess eine Organisierung zur Konsolidierung und Verteidigung desselben auf.

Die Rolle von Chávez erweist sich als ein widersprüchliches Phänomen. Obwohl - oder vielleicht gerade weil - sich Chávez in seinem Diskurs nicht über die anderen hebt und stets „el pueblo“ ins Zentrum stellt, dessen Teil er ist, beginnt seine Figur zu der eines „Caudillo“ zu werden. Denis (2001) steht dem Phänomen sehr kritisch gegenüber, stellt jedoch wie die meisten meiner Gesprächspartner mit längerem linken politisch-organisatorischem Hintergrund fest, dass die transformatorische Bewegung ohne Chávez ihre Kraft nicht in dem Umfang entwickelt hätte, wie es heute der Fall ist, und unterstreicht die herausragende Rolle Chávez', der es schaffte, die verarmten Massen in ein politisches transformatorisches Projekt zu integrieren, wie es der Linken zuvor nie gelungen war.

Chávez gelingt es, mit der dispersen Masse zu kommunizieren, das heisst mit all den Menschen, die in Folge der von Neoliberalismus geförderten Zersplitterung und Individualisierung keine organisatorische Einbindung haben. Zugleich wirkt er als integratives Moment für alle am Prozess beteiligten Organisationen und Bewegungen. Er ist der Garant für die ständige Beteiligung der sozialen Bewegungen an dem Prozess, denn er bildet ein Gegengewicht zu den meist traditionellen Praxen der an der Regierung beteiligten Parteien.

Ein wesentlicher Kern des bolivarianischen Prozesses und der Politik von Hugo Chávez und eines Teils seiner Regierung liegt in der Aktivierung der Selbstorganisation. Diese Aktivierung trifft auf ein schweres Erbe: die klientelistischen assistenzialistischen und paternalistischen Strukturen, die durch den Erdölreichtum entstanden waren und tiefgreifende Spuren in der venezolanischen Gesellschaft hinterlassen haben. Deshalb sahen sich viele VenezolanerInnen lange Zeit nicht als Akteure einer Veränderung (Márquez: 270). Sie verharrten in der Erwartungshaltung, wonach die eigenen Probleme von politischen „Repäsentanten“ gelöst werden müssten. Daher auch die unermüdlichen Aufrufe von Chávez und anderen Vertretern der Regierung zur Selbstorganisation der Bevölkerung. Deshalb ist die Selbstorganisation vielfach Voraussetzung dafür, um an Programmen der Regierung beteiligt zu werden. Die meisten Programme basieren auf Eigeninitiative organisierter oder zu organisierender Gruppen und Stadtteile, die dann technische und finanzielle Hilfeleistungen von der Regierung bekommen.

In der assistenzialistischen Kultur liegt auch begründet, warum die Partizipation lange Zeit - und teilweise nach wie vor – in geringerem Maße ausgeschöpft wurde als juristisch und real möglich, wie ich selbst in zahlreichen Gesprächen bei Besuchen in verschiedenen Regionen des Landes feststellen konnte. Ein Beispiel: Das Gesetz zum urbanen Landbesitz ermöglicht den Bewohnern der Armenstadtteile, für das Land, auf dem ihre Hütte respektive ihr Häuschen steht, einen legalen Landtitel zu erhalten. Bedingung dafür ist die Bildung eines lokalen Komitees für städtisches Land, das als Vermittler im Legalisierungsprozess fungiert. Es wurden zwar 2003 etwa 38.000 Titel verliehen (Gobierno 2003: 74). In einigen Armenvierteln kam das Komitee bisher jedoch nicht zustande.

Begonnen hatte der Prozess der von oben mitstimulierten Selbstorganisation Mitte 2001, als Chávez und diverse Aktivisten zur Bildung von „Bolivarianischen Zirkel“ aufriefen. Die Bolivarianischen Zirkel waren in erster Linie eine Art Nachbarschaftsorganisationen, die verschiedenste soziale und kulturelle Aufgaben auf lokaler Ebene übernahmen. Sie waren keine Partei und auch nicht an die Regierung angebunden, sondern eine Form der Selbstorganisation. Die neu gegründeten Zirkel wurden schlicht der Nationalen Koordination gemeldet, die koordinierte, aber nicht weisungsbefugt war. Gemäß der Koordination der Zirkel waren 2003 etwa 2,5 Millionen Personen in den Zirkeln organisiert. Doch bereits 2005 waren die Zirkel kaum noch existent, viele verwandelten sich in andere Gruppen.

Eine enorme organisatorische Kraft entfalteten auch die verschiedenen misiones genannten Sozialprogramme der Regierung ab 2003. Für die misiones meldeten sich hunderttausende Freiwillige (z. T. mit Aufwandsentschädigungen). Ein Problem liegt aber darin, dass diese Beteiligung starken konjunkturellen Schwankungen unterworfen war. So organisierten sich vor dem Abwahl-Referendum gegen Chávez im August 2004 Hunderttausende in sogenannten Wahlkampfeinheiten (Unidades de Batalla Electoral, UBE), kleine Gruppen, die systematisch in Gesprächen von Tür zu Tür versuchten, die Bevölkerung zu überzeugen, sie möge gegen Chávez Mandatsverkürzung stimmen. Die Aktion war nicht nur im Hinblick auf das Ergebnis erfolgreich, sondern auch eine Art Schulung für viele UBE-AktivistInnen. Nach dem Referendum wurden die UBEs in UVEs (Unidades de Vencedores Electorales, Wahlkampfsiegereinheiten) umgewandelt. Aus diesen sollten eigentlich für die folgenden Wahlen Kandidaten der Basis hervorgehen. Das

geschah jedoch nicht, da die Parteiführungen ein erneutes Mal die meisten Kandidaturen untereinander aushandelten. Die UVEs verschwanden in der Versenkung.

Mit den Kommunalen Räten (Consejos Comunales), deren Aufbau ab 2005 erfolgte und die im April 2006 eine gesetzliche Grundlage bekam, scheint erstmals die Schaffung einer kontinuierlicheren und breiteren Basisorganisation erfolgreich zu sein (Azzellini 2007c). Die Consejos erhalten Befugnisse, die eine dauerhafte Organisation nötig, aber auch attraktiv machen. Sie verfügen über ein eigenes Budget und erhalten erhebliche Entscheidungsfreiheiten darüber, wie sie die Mittel einsetzen wollen. Sie werden in urbanen Gebieten in Einzugsbereichen von 200 bis 400, in ländlichen Gegenden von 20 und in indigenen Regionen von zehn Familien gebildet. Basis des Consejo Comunal und Entscheidungsorgan ist die Bürger- und Bürgerinnenversammlung. In das Exekutivorgan werden ein Sprecher oder eine Sprecherin aus jeder Arbeitsgruppe bzw. jedem lokalen misiones-Komitee gewählt. Gewählt werden zudem auch fünf Mitglieder für eine Finanzkommission (Unidad de Gestión Financiera) und fünf Mitglieder einer Kontrollkommission (Unidad de Contraloría Social), die nicht gleichzeitig SprecherInnen anderer Kommissionen sein dürfen. Sie alle bleiben zwei Jahre im Amt, können wiedergewählt, aber auch jederzeit abgewählt werden. Sie können jedoch keine Entscheidungen treffen; diese bleiben der Basisversammlung vorbehalten. Die gewählten Räte nehmen sich der Planung und Gestaltung der organisierten Partizipation in der Gemeinde an. Das Finanzkomitee verwaltet die Ressourcen (und die Kommunalbank, mittels der die Versammlung Kredite zu günstigen Konditionen für Projekte vor Ort vergeben kann). Wahlberechtigt sind alle Bewohner der Gemeinde ab 15 Jahren.

Die Arbeit in den Consejos ist auf allen Ebenen ehrenamtlich. Welche Komitees dem Rat angehören - das kann je nach lokalen Bedürfnissen unterschiedlich sein - entscheidet die Versammlung. Dazu gehören können z.B. das Gesundheitskomitee, die Wasserkomitees (die mit den Wasserwerken die Trink- und Abwasserversorgung planen), die Urbanen Landkomitees, Komitees für Umwelt, Kultur, Sport, Jugend, Großeltern, Basisökonomie, Bildung, soziale Entwicklung und Ernährung, Wohnung, Infrastruktur und Habitat, Konfliktlösung (Friedensrichter), Sicherheit und Verteidigung oder andere.

Sobald der Consejo Comunal konstituiert ist, beginnt er mit einer sozioökonomischen Analyse des Territoriums, um Prioritäten auszumachen und mit allen Komitees einen gemeinsamen Arbeitsplan zu definieren, der von der Versammlung genehmigt werden muss. Die Consejos

bekommen ihre Ressourcen direkt von verschiedenen Institutionen: Vom Zentralstaat, den Bundesstaaten und den Bezirken; über den Interregierungsfond für Dezentralisierung (FIDES) auf Basis des ‚Gesetzes für ökonomische Sonderzuteilungen aus den Minen und fossilen Brennstoffen‘ (LAEE); aus der Verwaltung der Öffentlichen Dienste, die vom Staat den Consejos übergeben werden. Alle Finanzentscheidungen müssen von der Versammlung genehmigt werden. Die Kontrollkommission und die Mitglieder der Gemeinde müssen jederzeit Zugang zu allen Finanzunterlagen haben.

Gemäß Angaben der Ministeriums für Partizipation und Soziale Entwicklung (Minpades) bestanden Ende 2007 an die 35.000 Consejos Comunales im Land. Die Realität der Consejos differiert je nach den unterschiedlichen historischen Erfahrungen sowie des unterschiedlichen Grades an Aktivismus, Bildung und Zugang zu Informationen. Vor allem am Anfang bildeten sich zahlreiche Consejos eine breite Beteiligung der Community. Dies veränderte sich mit der Zeit. Der Großteil der Erfahrungen scheint sehr positiv zu sein. Neben der effektiven Wahrnehmung der eigenen Interessen durch die Basis sind vor allem zwei Punkte hervorzuheben: Erstens ist -speziell in stark marginalisierten Gegenden - die Mehrheit der Aktiven weiblich. Nur sehr wenige verfügen über soziale oder politische Organisierungserfahrung aus der Zeit vor 1998, ein Grossteil wurde erst nach dem Putsch von 2002 aktiv, viele hatten vorher nicht einmal an den Wahlen teilgenommen.

Zweitens ist in den Consejos eine Teilnahme der sogenannten Ni-Ni's (so werden diejenigen genannt, die sich weder – ‚ni‘ – mit Chávez noch mit der Opposition identifizieren) zu beobachten, Leute, die an anderen Organisationsansätzen bisher nicht teilnahmen. Nach meiner Beobachtung werden diese z.T. auch als Sprecher gewählt (auch an Orten wo Chávez 55 bis 70 Prozent der Stimmen erhält). Auch in Mittelschichtsgebieten werden Consejos Comunales konstituiert. Die Beteiligung von eisernen Oppositionellen ist jedoch fast inexistent, was aber nicht überrascht, da diese gegen die Volksmacht eingestellt sind, und da ist es nur logisch, dass sie sich nicht an ihrem Aufbau beteiligen. Vereinzelt gibt es jedoch auch mehrheitlich oppositionelle Consejos.

Die abgelehnte Verfassungsreform sah die Möglichkeit vor, dass sich mehrere Consejos zu einer ‚Comuna‘ (Kommune) zusammen schließen. Sobald in einem Bezirk genügend Consejos und Comunas entstanden und die kommunale Selbstverwaltung real ausgeübt worden wäre, hätte der Präsident in Absprache mit dem Ministerrat diesen Bezirk zur ‚kommunalen Stadt‘ (Asamblea Nacional 2007) erklärt. Andererseits kam in einigen Consejos und Begleitstrukturen der

Vorschlag auf auch kleinere Einheiten zu schaffen, in denen die Themen der Versammlungen vordiskutiert werden, um so die Partizipation zu fördern.

Nach der Ablehnung der Verfassungsreform kündigte die Regierung an, die entsprechenden Regelungen bezüglich der Räte per Gesetz einzuführen. Eine misión zur Unterstützung des Aufbaus von Comunas wurde bereits ins Leben gerufen.

Die Aussichten

Die kontinuierliche Vertiefung des sozialen Transformationsprozesses in Venezuela erfolgt in einem dialektischen Verhältnis zwischen Chávez und den Basisbewegungen und umgeht einen großen Teil der Institutionen und Regierungsparteien bzw. wird von diesen in der Praxis nicht voll mitgetragen. Zwar finden auch Vorstellungen einer Demokratisierung der Besitz- und Produktionsverhältnisse, die Übernahme geschlossener Fabriken durch die Beschäftigten, der Ruf der Bauernbewegungen nach Enteignung von Großgrundbesitz und die Demokratisierung der Medien ihren Weg in staatliche Politik. Doch innerhalb der Regierung ist es vor allem Chávez selbst, der in Diskurs und Praxis für eine Vertiefung der partizipativen Demokratie sorgt. Seit Anfang 2005 spricht Chávez offen von der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden und einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu erfinden. Damit hat Chávez einen Diskurs aufgegriffen, der aus den Bewegungen und Basisorganisationen stammt. In den Institutionen und unter den Repräsentanten der Parteien mangelt es aber nicht an VertreterInnen keynesianischer Ideen, assistenzialistischen Welfare-Ideologien und staatszentrierter Vorstellungen. Dort dominieren eher lineare und reformistische Vorstellungen von gesellschaftlicher Transformation. Zahlreiche Leitlinien, angekündigte Regierungspolitiken und sogar verabschiedete Gesetze werden deshalb gar nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Zwar wird zweifelsohne so viel wie nie zuvor in Sozialmaßnahmen, Bildung, Gesundheitsversorgung, alternative ökonomische Entwicklung, Infrastruktur, Kultur u.v.m. investiert, doch der Widerspruch zwischen den Aussagen und politischen Leitlinien Chávez' und der Politik vieler Institutionen ist für die Bevölkerung deutlich spürbar. In weiten Teilen ist die alte politische Klasse durch eine neue politische Klasse ersetzt worden.

Die linken Parteien treten auch kaum für die von der Verfassung vorgesehene weitere Übertragung der Macht an die Bevölkerung ein und es wiederholen sich in ihnen zunehmend die gleichen Verhaltensweisen wie in den Altparteien aus der Ära vor Chávez: Machtkämpfe, Postengeplänkel, Vetternwirtschaft und Disziplinarmaßnahmen gegen interne Kritiker. Dies betraf vor allem die größte Regierungspartei Movimiento V. República (MVR), ein eigens für die Wahl 1998 geschaffenes Sammelbecken. Hier sollte die Gründung der Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) Abhilfe schaffen. Bis auf die linkssozialistische PPT, die Kommunistische Partei Venezuelas PCV und drei Kleinstparteien haben sich alle anderen die Regierung unterstützenden Parteien 2007 zu Gunsten der in Gründung befindlichen PSUV aufgelöst. Der Gründungsprozess war stark geprägt von den Versuchen dominanter PolitikerInnen und Interessengruppen, sich Machtpositionen zu sichern. Dies stieß auf Kritik und Unmut an der Basis.

Es gelang jedoch, im April 2008 ein 30-köpfiges Direktorium (15 DirektorInnen und 15 VertreterInnen) von der Basis wählen zu lassen. Ebenso gelang es Anfang Juni, die KandidatInnen für die Bürgermeister- und Gouverneurswahlen vom November 08 in parteiinternen Primärwahlen bestimmen zu lassen. Rund 1,7 der 5,2 Millionen eingeschriebenen PSUV-Mitglieder beteiligen sich aktiv an den Debatten und am Parteaufbau. Mit den beiden internen Wahlprozessen ist der Partei ein wichtiger Schritt gelungen - trotz vieler interner Probleme. Bei der Wahl des Direktoriums erwies sich, dass aktuelle Inhaber von Regierungsämtern kaum für die 15-köpfige Leitung gewählt wurden. Die meisten Stimmen haben dem linken Flügel des Bolivarianismus zuordenbare Personen oder ganz neue Gesichter erhalten. Mit den Primärwahlen zur Auswahl der Kandidaten für die Regionalwahlen vom November - die ersten seit der Regierungsübernahme von Chávez- konnte die PSUV viel an Prestige gewinnen und Enthusiasmus auslösen. An diesen Primärwahlnahmen nahmen nahezu 2,5 Millionen Parteimitglieder Teil. Die Ergebnisse waren durchaus gemischt. Während es der Basis in vielen Regionen und Städten gelang, Parteikandidaturen von unten gegen die lokalen und regionalen politischen Notablen durchzusetzen, führte andernorts die Zersplitterung der Basis oder die Macht bestimmter Amtsträger zu ihrer Wiederwahl als KandidatInnen. In seltenen Fällen wurden bereits regierende PolitikerInnen von der Basis in positiver Weise als erneute KandidatInnen bestätigt. Der erste Schritt hin zum intendierten Aufbau einer „Partei neuen Typus“, die sich von

unten nach oben aufbaut und in der Lage ist eine kollektive Rolle in dem bolivarianischen Transformationsprozess zu übernehmen, scheint erfolgreich gemeistert worden zu sein.

Ein weiteres Problem stellen zahlreiche Angehörige der alten politischen Klasse dar, die sich in ihrer Rhetorik den neuen Umständen angepasst haben. Korruption und Klientelismus sind nach wie vor weit verbreitet. Bestand bis 2007 eine Besonderheit der venezolanischen Entwicklung darin, dass sich nach jedem gesamtgesellschaftlichen Konflikt (Putsch, Erdölsabotage/Aussperrung, Referendum gegen Chávez usw.) sowohl die Basisbewegungen wie auch die Bürokratie gestärkt sahen, ist seitdem deutlich geworden, dass ein Grossteil der Institutionen den Transformationsprozess bremsen und behindern anstatt ihn zu fördern. Ein Ausdruck davon ist auch das am 2. Dezember 2007 knapp verlorene Referendum zur Verfassungsreform. Die Opposition gewann, weil drei der über sieben Millionen Wähler, die ein Jahr zuvor noch für Chávez stimmten, den Urnen ferngeblieben waren. Die Gründe dafür sind vielfältig, jedoch wird in Debatten an der Basis die Unzufriedenheit mit den Institutionen und der Korruption sowie die heimliche Ablehnung einer Vertiefung der sozialen Transformation von Seiten vieler politischer RepräsentantInnen hervorgehoben. Auf Regierungsebene ist starke Selbstkritik geübt worden, und es wird mit sichtbarem Erfolg an einer höheren Effizienz der Institutionen und der Umsetzung der Maßnahmen gearbeitet. Allerdings sind bisher mit kaum personelle Konsequenzen gezogen worden, was starken Unmut und Unverständnis an der Basis hervorruft. Es scheint ein Punkt erreicht, an dem entweder die Basisbewegungen stärker hervortreten, oder der radikale Transformationsprozess zumindest vorerst an eine Grenze stösst. Ganz wesentlich wird die weitere Entwicklung davon abhängen, inwieweit es der Basis gelingt, mit den Consejos Comunales die Gestaltung und Verwaltung auf lokaler Ebene in Eigenregie zu übernehmen. Bewußtseins- und Organisationsgrad sind jedoch lokal und regional sehr unterschiedlich. Bisher bestehen im gesamten Land etwa 40.000 Consejos Comunales. Während sie mancherorts überhaupt nicht zustande kommen, schließen sich andernorts bereits Dutzende zu übergeordneten Strukturen zusammen.

Diese inneren venezolanischen Prozesse verlaufen jedoch nicht abgekoppelt von internationalen Entwicklungen. Der militärische und politische Druck, den die USA im Verbund mit Kolumbien auf Venezuela ausüben, nimmt zu. Kolumbien versucht, durch militärische Übergriffe und Propagandakampagnen Konflikte mit seinen Nachbarn Ecuador und Venezuela zu schüren. In

Venezuela selbst ist eine massive Infiltration durch den kolumbianischen Paramilitarismus zu beobachten. Alles deutet darauf hin, dass Kolumbien und die USA eine Contra nach dem Muster Nicaraguas aufbauen. Zugleich nehmen Verletzungen des venezolanischen Territoriums und Luftraums durch kolumbianische und US-Streitkräfte zu. In der Erdölregion Zulia unterstützen europäische und US-amerikanische "Entwicklungsorganisationen" rechtsradikale und separatistische Bewegungen, ähnlich wie bestimmten Regionen Boliviens und Ecuadors. Und dass die vor Südamerika operierende IV. Flotte der USA nach vielen Jahren wieder belebt wurde, ist kein gutes Zeichen. Eine Zunahme von konterrevolutionären Sabotageaktionen und Gewaltakten ist zu befürchten. Dies kann zu einer Zurückdämmung und Einschüchterung, aber auch zu einer Radikalisierung der Selbstorganisation führen. Sollte Venezuela militärisch angegriffen werden, wird der Ausgang auch wesentlich davon abhängen, ob sich eine wirksame internationale Solidaritätsbewegung entwickelt.

Literatur

- Asamblea Nacional (AN) (2007): Reforma de la Constitución de la República Bolivariana de Venezuela.
- Azzellini, Dario (2007a): Von den Mühen der Ebene: Solidarische Ökonomie, kollektive Eigentumsformen, Enteignungen und Arbeitermit- und -selbstverwaltung. In: Holm, Andrej (Hg.) (2007): Revolution als Prozess: Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela. Hamburg: VSA-Verlag, S. 38-57.
- Azzellini, Dario (2007b): Venezuela Bolivariana: Revolution des 21. Jahrhunderts? Köln: Neuer ISP Verlag.
- Azzellini, Dario (2007c): La Revolución Bolivariana: "o inventamos o erramos". Claves para leer el proceso de transformación social venezolano. In: Herramienta, Heft 36.
- Azzellini, Dario/Ressler, Oliver (2006): 5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela. Film, 81 min.
- Bonilla-Molina, Luis/El Troudi, Haiman (2004): Historia de la Revolución Bolivariana. Caracas: Ministerio de Comunicación e Información.
- Consejo Nacional Electoral (CNE) (2007): Elecciones Presidenciales 2006. [URL: http://www.cne.gov.ve/divulgacionPresidencial/resultado_nacional.php, aufgerufen am 22.2.2007].
- Consejo Nacional Electoral (CNE) (2006): Elecciones Presidenciales: Cuadro Comparativo 1958 – 2000. [URL: <http://www.cne.gov.ve/estadisticas/e006.pdf>, aufgerufen am 22.2.2007].
- Denis, Roland (2001): Los fabricantes de la rebelión. Caracas: Editorial Primera Linea.
- Denis, Roland (2007): La profecía de ALCASA. [URL: <http://www.aporrea.org/actualidad/a32464.html>, letzte Aktualisierung am 26.3.2007, aufgerufen am 26.3.2007].
- Ellner, Steve (2000): Hugo Chávez. Venezuela's Redeemer? In: *NACLA*, Band XXXIII, Heft 6.
- Ellner, Steve (2003): Introducción: En la búsqueda de explicaciones. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): La política venezolana en la época de Chávez: clases, polarización y conflicto. Caracas: Nueva Sociedad, S.19-42.

García-Guadilla, María Pilar (2003): Sociedad civil: institucionalización, fragmentación, autonomía. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (2003): La política venezolana en la época de Chávez: clases, polarización y conflicto. Caracas: Nuvea Sociedad, S.230-251.

Gobierno de Venezuela (2006): Consejos Comunales. URL: <http://www.consejoscomunales.gob.ve/>, aufgerufen am 22.3.2007.

Iturriza López, Reinaldo (2007): El general Kersausie y las barricadas del 27 de Febrero de 1989. [URL: <http://www.aporrea.org/ideologia/a31241.html>, letzte Aktualisierung am 28.2.2007]

López Maya, Margarita (2003): Movilización, institucionalidad y legitimidad en Venezuela. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, Heft 1/2003, S.211-226.

López Maya, Margarita (1996): Nuevas representaciones populares en Venezuela. In: *Nueva Sociedad*, Heft 144, Juli-August 1996, S. 138-151.

Medina, Medófilo (2001): El elegido presidente Chávez: un nuevo sistema político. Bogotá: Ediciones Aurora.

República Bolivariana de Venezuela (RBV) (1999): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. Caracas.

Rey, Juan Carlos (1991): La democracia venezolana y la crisis del sistema populista de conciliación. In: *Revista de Estudios Políticos*. Heft 74, S.531-578.

Van Cott, Donna Lee (2002): ,Movimientos indígenas y transformación constitucional en los Andes. Venezuela en perspectiva comparativa. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*. Heft 3, S. 41-60.

Zibechi, Raúl (2006): Movimientos sociales: nuevos escenarios y desafíos inéditos. In: *OSAL (Observatorio Social de América Latina)*. Heft 21, S.221-230.